

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Karl H o n s y

25

Wien, Dienstag, den 25. Jänner 1927.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 25. Jänner 1927.

Fortsetzung der Budgetdebatte für 1927.

Der Wiener Gemeinderat setzt heute die Beratungen des Hauptvoranschlages fort. Es sind fast alle Gemeinderäte erschienen. Die Galerien sind dicht gefüllt. Als wenige Minuten nach drei Uhr Bürgermeister Seitz die Präsidententribüne betritt, verlassen die Christlichsozialen Gemeinderäte den Saal. Während ihres Auszuges ruft der christlichsozialer Gemeinderat dem Bürgermeister zu: Es lebe Abrahamovic! Von der Opposition bleibt nur Stadtrat Kunschak auf seinem Platz zurück, zu dem sich einige Minuten später Gemeinderat Angermayer gesellt. Während des Aussuges der Opposition aus dem Gemeinderatssaal erklärt Bürgermeister Seitz die Sitzung für eröffnet und leitet sofort die Abstimung über das Kapitel technische Angelegenheiten ein. Das diesbezügliche Budget wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen und die Resolutionsanträge der Frau Gemeinderätin Wjelsch (chr. soz.) betreffend die gärtnerische Ausgestaltung des Schwedenplatzes und die Schaffung eines Abteiles in Bedürfnisanstalten zur kostenlosen Benützung für Frauen, werden abgelehnt.

Der Gemeinderat geht sodann in die Verhandlungen über das Kapitel Ernährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten ein. Stadtrat Kokrda hält das Referat. Während seiner einleitenden Ausführungen übergibt der Bürgermeister dem Gemeinderat Weigl (Soz. Dem.) den Vorsitz. Die christlichsozialen Gemeinderäte kehren nun wieder in den Saal zurück.

Zu dem Kapitel Ernährungs- und Wirtschaftswesen sind vierzehn christlichsoziale Redner zum Worte gemeldet.

Das Referat des Stadtrates Kokrda beschäftigt sich einleitend mit den materiellen Erfordernissen für das Ernährungs- und Wirtschaftswesen. Dafür werden für das Jahr 1927 71.546.930 Schilling veranschlagt. Über dem Budget des Verwaltungsjahres 1926 ein Mehrerfordernis von 4.217.790 Schilling. Der grösste Teil der beanspruchten Summe entfällt auf die Versorgung des städtischen Schulwesens. Für die Betreuung der städtischen Schulen werden 64.572.490 Schilling veranschlagt. Der übrige Teil der veranschlagten Summe teilt sich auf die einzelnen Betriebe auf, die in der Verwaltungsgruppe VI vereinigt sind. Der grösste Betrieb, die städtischen Lagerhäuser stehen diesbezüglich ausserhalb dieser Betriebe, weil sie einen separaten Voranschlag haben.

Die Schäden auf dem Zentralviehmarkt wurden beseitigt und auch die Abnützung des Rinderschlachthallen St. Marx wurde behoben. Es wurden eine Reihe moderner Einrichtungen geschaffen und heute entsprechen die Anlagen allen Anforderungen. Auch die Grossmarkthalle für Fleischwaren hat durch den Krieg gelitten. Seit drei Jahren wird nun daran gearbeitet, in die alte Betrieb Ordnung zu schaffen. Es wurde ein Neubau für Fleisch errichtet, das in die einzelnen Bezirke verfrachtet wird. Dadurch wurde in der Halle selbst für eine weitere Ausgestaltung der Halle Platz geschaffen. Die Errichtung von Freibänken, die im Betrieb der Sterilisierungsgesellschaft stehen, nimmt ebenfalls ihren Fortgang.

Eine Anzahl freier Märkte, die den Bedürfnissen nicht mehr entsprechen haben, werden reformiert und den Anforderungen angepasst. Amah wurde eine Anzahl neuer Märkte errichtet, so ein neuer Markt in Simmering in der Brigittenau und ein grosser Markt in Meilling. Vor zwei Jahren wurde ein Teil des Viktor Adler Platzes zur Ausgestaltung des dortigen Marktes verwendet. In der nächsten Zeit wird in Floridsdorf der aller grösste der neuerrichteten Märkte der Benützung übergeben werden.

Die Belieferung der Märkte im Jahre 1926 hat grosse Ziffern aufzuweisen. Während auf dem Rindermarkt im Jahre 1925 760.441 Rinder aufgetrieben wurden, steigerte sich im Jahre 1926 der Auftrieb auf 822.950 Rinder. Die Belieferung aus den einzelnen Bundesländern nimmt

ebenfalls von Jahr zu Jahr zu. Die Belieferung des Schweinemarktes ist gegenüber dem Jahre 1925 bei Fettschweinen um 47 Prozent gestiegen und bei Fleischschweinen um 16 Prozent.

Die Gemeindeverwaltung hat versucht den Rathauskeller mit der niederösterreichischen Landesmuskeller-A.G. zu verschmelzen. Die Gemeinde war am Landesmuskeller mit fünfzig Prozent beteiligt. Aus Gründen, die wir nicht kennen, hat das Land Niederösterreich diese Zusammenlegung der beiden Betriebe abgelehnt. Die Gemeinde hat dann ihren Anteil am Landesmuskeller an Niederösterreich verkauft.

Immer dringender wird die Errichtung eines Zentralmarktes für Obst und Gemüse. Es ist sehr schwer für diese Anlage einen geeigneten Platz im Stadtgebiet zu finden. Die berufenen Organe des Magistrates sind gegenwärtig sehr ernst mit der Lösung der Platzfrage beschäftigt und es besteht begründete Hoffnung, dass dem Gemeinderat bald Mitteilung über Einzelheiten gemacht werden wird können. Im gegenwärtigen Stadium wäre es nicht zweckmässig, die Angelegenheit ausführlich zu besprechen. (Beifall bei der Mehrheit).

Als erster Redner zu dieser Verwaltungsgruppe spricht Gemeinderat Angermayer (chr. soz.), der seine Ausführungen mit einer Erklärung über die gestrigen Vorgänge einleitet: Er sagt: Bevor ich als erster Redner der Opposition das Wort zu dieser Verwaltungsgruppe ergreife, erkläre ich, dass die Minderheit im Gemeinderat gegen den brutalen Gewaltakt von gestern den schärfsten Protest einlegt.

Gemeinderat Angermayer bespricht denn ausführlich die Investitionen auf den Märkten, Kühnhäusern und Schlachthöfen der Gemeinde. Die Minderheit habe nichts dagegen, wenn die laufenden Ausgaben für die Erhaltung dieser Einrichtungen durch die laufenden Einnahmen und Gebühren gedeckt werden. Aber ganz entschieden wende sie sich dagegen, dass Investitionen von so weit-tragender Bedeutung als den laufenden Gebühren gedeckt werden. Hieszu könne nur eine Investitionsanleihe verwendet werden, die von der Minderheit wiederholt verlangt, aber immer wieder abgelehnt wurde. Die Erhöhung der Gebühren für die Marktstände wurde höchst ungleichmässig vorgenommen. Die verwaltende Partei trage hier einen Streit auf den Rücken der Bevölkerung aus, was als ein Verbrechen bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit bezeichnet werden müsse. Durch die Erhöhung dieser Gebühren werden die Waren verteuert. Die Gebührenerhöhung sei eine Herausforderung der gesamten Bevölkerung Wiens. Soll doch vom 1. Jänner an die Gebühr von sechs Schilling einundzwanzig Groschen auf 51 Schilling, von 1 S 76 g auf 16 S und von 15 g auf 4 S monatlich erhöht werden. Es hat fast den Anschein, als wollte die Mehrheit in diesem Saal eine Stimmung der Verzweiflung in der Bevölkerung schaffen und dann alles auf den Doktor Seipel schieben.

Der Redner bemängelt dann, dass die allgemeinen Unkosten in dieser Verwaltungsgruppe von 451.310 S im Jahre 1925 auf 722.000 S im Jahre 1927 gestiegen sind. Ebenso sei zu bemängeln, dass im sogenannten Arbeitsprogramm für das Jahr 1926 die Ausgestaltung des Marktes am Viktor Adler Platz mit einem Kostenaufwand von 250.000 S enthalten ist, aber nicht durchgeführt wurde. Dieses Programm hat sich sehr schön gemacht, aber es wurde nicht ausgeführt. Es war wohl nur Theaterdonner. Die Minderheit habe gar nichts gegen diese Investitionen einzuwenden. Sie verlange aber, dass die Kosten nicht aus den laufenden Steuern gedeckt werden. Die Ausgestaltung der grossen Märkte ist ein dringendes Bedürfnis und wir wünschen, dass sie rasch durchgeführt werde.

Aber, wenn man bedenkt, dass die Kosten dieser Ausgestaltung für das Jahr 1927 mit rund 2.4 Millionen Schilling veranschlagt sind, so werde

es niemand verstehen, dass diese gewaltige Summe aus den laufenden Einnahmen und Steuern bedeckt werden muss. Da liegt das Fundament der gegenwärtigen Verwaltung. Das ist ein verdammenswerter Standpunkt, das ist nichts anderes als eine RM rücksichtslose, brutale Ausbeutung der Bevölkerung. (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Angermayer (chr.soz.) beschäftigt sich weitere mit den städtischen Lagerhäusern. Die Lagerhäuser waren einmal ein blühendes Unternehmen, auf das die Gemeinde Wien stolz sein konnte. Heute sind sie nur mehr eine Ruine. Wir haben Sie wiederholt vor Ihrer Freispolitik gewarnt und haben Ihnen vorausgesagt, was das Ende Ihrer Freispolitik sein wird. Was wir Ihnen damals vorausgesagt haben, ist eingetroffen. Die Lagerhäuser sind heute nur mehr leere Tanzböden für die Käuse. Die weiteren Ausführungen des Redners gelten der städtischen Bäckerei Spinnerin am Kreuz. Dadurch, dass die Gemeinde diesen Betrieb unterhält, werden die privaten Bäcker verkürrt. Die Bäcker, die früher städtische Anstalten beliefert haben, haben nun dieses Geschäft verloren. In längeren Ausführungen beschäftigt sich Gemeinderat Angermayer mit der Rathauskellerbewirtschaftung. Bei ihr wird ein Abgang von 82.000 Schilling veranschlagt. Es taucht daher die Frage auf, wozu eigentlich diese Rathauskellerbewirtschaftung noch weitergeführt werden soll. Einzelne Ausgabe-posten wie beispielsweise die Post für Schulzwecke lassen erkennen, dass die frühere Gemeindeverwaltung die Bedürfnisse der Allgemeinheit mehr bedacht hat und dass es mit der Schulfreundlichkeit der Sozialdemokraten nicht weit her ist. Bei Betrachtung der Ziffern der Rubrik "Einnahmen und Ausgaben von städtischem Grundbesitz" sieht man, dass die Mehrheit dort wo sie selbst über Grundbesitz verfügt ihre Parteiprinzipien nicht befolgt. Nach den Bekenntnissen des Stadtrates Breitner in einem auswärtigen Blatte wird unverhüllt dargelegt, dass es Absicht der herrschenden Partei ist, den gesamten städtischen Grund und Boden und den Realbesitz allmählich zu erwerben. Deswegen das Festhalten an dem Mietengesetz. Es ist Eitel, Humbug und Schwindel, dass die Sozialdemokraten die Mieter schützen wollen, deren Wohl und Wehe ist der Mehrheit vollkommen gleichgültig. Wird doch in den Gemeindshäusern ausser dem zwei- bis dreitausendfachen Friedenszins noch eine Reihe von Beiträgen für alle möglichen Fonds verlangt. Der alte Friedenszinsgeier ist gegen den heutigen roten Zinsgeier ein armes Wasserl. Die Sozialdemokraten wollen durch das Festhalten am Mieterschutz eine vollständige Entwertung des Realbesitzes herbeiführen und die völlige Enteignung und Abschaffung des Privatbesitzes ist ihr Endziel. Aber die Zeit ist nicht fern wo die Bevölkerung die wahren Absichten der Rathausmehrheit erkennen wird. Die Mietervereinigungen fangen an abzubreckeln.

Um 7 Uhr schliesst Gemeinderat Angermayer seine nahezu dreistündige Rede mit der Erklärung, dass die Christlichsozialen auch gegen dieses Budget stimmen werden.

Der nächste Oppositionsredner, Gemeinderat Körber, beschäftigt sich vorerst ebenfalls mit den städtischen Lagerhäusern und städtischen Märkten. Auch in der Wirtschaftspolitik der Gemeinde Wien ist der Geist des Parteiprogrammes der sozialdemokratischen Partei erkennbar, der nichts anderes als die Vernichtung des Mittel- und Gewerbestandes zum Ziele hat. Der Redner wünscht dann, dass die Gemeinde die Wege des Wiener Waldes in der Umgebung Wien instandsetzen und werten solle.

GR. Nerbaul spricht über die Zustände auf den Wiener Märkten und rügt insbesondere die Überfütterung von Rindern, die zu dem Zwecke geschehe, um mehr Gewicht zu erzielen. Mit diesem Betrug sollte endlich energisch aufgeräumt werden. Die Grossmarkthalle reiche für die Bedürfnisse nicht mehr hin, man hätte sie längst erweitern sollen, der untere Teil des Stadtparkes, der ohnehin verüdet ist, wäre hierfür sehr geeignet. Dann bespricht Redner verschiedene andere Uebelstände auf dem Nachmarkt, tadelt die Erhöhung der Marktgebühren, die eine Verteuerung der Konsumwaren zur Folge haben und verlangt schliesslich eine bessere Ausstattung gewisser Nebenräume des Rathausitzungsraumes.

Als Gemeinderat Nerbaul gegen 9 Uhr seine Rede geschlossen hatte, meldet sich Gemeinderat Hofbauer (Sos.-Dem.) zum Wort.

Auf den Bänken der Christlichsozialen ertönen sofort laute Protestrufe. Gemeinderat Freyer (chr.soz.): Schon wieder kommt der Henkersknecht! Pfui Teufel! So ein Skandal!

GR. Haider (chr.soz.): Das wollen Demokraten sein, Pfui! Sie Abrahamovics!

GR. Freyer (chr.soz.) schlägt wiederholt heftig mit der Faust auf das Pult und schreit unausgesetzt: So ein Skandal! Das Nennen Sie Rederfreiheit!

GR. Müller (chr.soz.) eilt zum Referententisch und spricht heftig auf den amtsführenden Stadtrat Korkra ein, er ruft: Das ist doch ein Skandal, es sind noch so viel Redner vorgemerkt, wir wollen über das Kapitel reden und haben noch vieles vorzubringen, wie können Sie uns auf diese Weise das Wort entziehen!

Die Mitglieder der Mehrheit sind von ihren Sitzen aufgesprungen, verhalten sich jedoch vollkommen passiv. In dem grossen Lärm lässt der Vorsitzende GR. Weigl über den Antrag Hofbauer auf Schluss der Debatte abstimmen. Die Mitglieder der Mehrheit heben die Hände und der Vorsitzende verkündet, dass der Antrag auf Schluss der Debatte angenommen wurde.

Der Lärm dauert unvermindert fort. Die Mitglieder der Minderheit rufen unausgesetzt: Das ist eine Vergewaltigung, unter solchen Umständen kann man nicht mehr eine Budgetdebatte abführen und schlagen dabei mit Taschen und den Fäusten auf die Pulte.

Vorsitzender Weigl ruft mitten in den Lärm hinein: Ich bitte die Generalredner zu wählen und unterbreche zu diesem Zwecke die Sitzung auf fünf Minuten.

Während dieser Pause bleiben die Mitglieder der Mehrheit ruhig auf ihren Plätzen. Die christlichsozialen Gemeinderäte schlagen mit Aktentaschen und Protokollbüchern auf die Pulte und Gemeinderat Müller ruft ununterbrochen zur Mehrheit: Das werden Sie büssen! Auch viele andere Christlichsoziale machen ununterbrochen meist infolge des Lärmens unverständliche Zwischenrufe.

Nach Ablauf der Pause eröffnet Gemeinderat Weigl die Verhandlungen und richtet an die Minderheit die Anfrage, wer zum Generalredner bestimmt worden sei. Es wird ihm zugerufen, dass Gemeinderat Doppler zum Generalredner bestimmt wurde, doch verlangen die Christlichsozialen laut rufend die Verlesung der Liste der noch vorgemerkten Redner. Der Vorsitzende Gemeinderat Weigl teilt mit, dass er diese Liste verlesen habe als der Antrag auf Schluss der Debatte verhandelt worden ist. Unter allgemeiner Unruhe ergreift Gemeinderat Doppler das Wort. Er führt aus: Es hat selten eine Körperschaft gegeben, die die Rechte des Volkes so bricht, wie hier. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen). (Gemeinderat Freyer ruft: Sie bekommen den Dannebergorden!) Das Recht auf freie Meinungsfreiheit wird hier mit Füßen getreten. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen). Wie hier freigewählte Volkvertreter behandelt werden, ist unerhört. Gestern wurde uns angedroht, dass wir aus diesem Saal hinausgewatscht werden. Das ist die Freiheit, von der die Mehrheit spricht, von der in der sozialdemokratischen Partei geflunkert wird. Wir haben durch Jahrzehnte hindurch Gelegenheit gehabt, zu sehen, wie die Sozialdemokratie bemüht war den Eindruck zu erwecken, die Rechte des Volkes zu vertreten.

GR. Dr. Motzko (chr.soz.): Das ist ein Schwindel!

GR. Doppler: Diese Partei ist nun eine verwaltende Partei geworden. Sie ist dorthin gelangt, wo sie in der Lage wäre, zu zeigen, die Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten. Aber nichts ist geschehen als brutaler Terror gegen Andersdenkende.

GR. Müller: Dr. Danneberg lachen Sie nur, Sie werden noch sehen, was Sie hier erleben! Vielleicht werden Ihre Arbeiter auch noch dankend werden. Das christliche Element hat ja bei Euch nichts mehr zu reden, sondern nur mehr die Juden!

GR. Fischer (Sos.-Dem.): Regnen Sie sich nicht auf!

Dritter Bogen.

Der Bürgermeister hat gestern ^{in Widerspruch} ~~der~~ Geschäftsordnung ^{mit} es für zweckmässig gefunden, die Abstimmung einzuleiten, obwohl er gewusst hatte, dass noch Redner vorgemerkt seien, obwohl er gewusst hatte, dass die Wahl eines Generalredners unmöglich gewesen sei. Wir sagen Ihnen, Sie können mit Rechtsbeugung und mit Rechtsbruch Ihnen Ihr Budget bewilligen, aber die ganze Bevölkerung Wiens wird auf Sie zeigen und sagen, das ist das Budget des Gewaltterrors im Wiener Rathause. Wenn Sie der Meinung sind durch Ausübung der brutalsten Gewalt hier Beschlüsse zu fassen, so ist das die neueste Methode Ihrer Partei. Noch nie hat eine Partei so Ihre Grundsätze verleugnet wie Sie. Die Wiener Bevölkerung wird Ihnen dafür die grösste Verachtung entgegen bringen.

In weiteren Verlaufe der Rede des Gemeinderates Doppler verlassen die Mitglieder der Mehrheit gruppenweise den Saal. Von der Minderheit ruft man Ihnen nach: Sie gehen schon wieder! Sie wollen die Wahrheit nicht hören. Gemeinderätin Dr. Motzko: Es geschieht auf Kommando!

Gemeinderat Müller (chr. soz.) Und der demokratische Bürgermeister lacht noch dazu! Die Neue Freie Presse kritisiert Sie sehr gut! (Rufe bei den Sozialdemokraten: Das ist jetzt Ihr Leiborgan).

G.R. Preyer (chr. soz.): Regieren tut jetzt hier der Herr Danneberg und nicht der Seitz!

Bürgermeister Seitz: Das ist ganz richtig, das in jedem Klub der Obmann kommandiert, bei Ihnen ist das anders, da kommandiert der Herr Preyer.

G.R. Müller (chr. soz.): Schon der Pernerstorfer hat gesagt, dass Euch nur die Juden noch regieren!

Dr. Danneberg: Die Neue Freie Presse lobt Euch ja mehr als die Reichspost! Und Sie sind Freitag mit dem Herrn Kunwald bei Mataja eingeladen! (Zahlreiche Gegenrufe).

Bürgermeister Seitz zur Minderheit gewendet: Es scheint, dass Ihnen diese anmutigen Gespräche auch lieber sind als die Rede Ihres Freundes Doppler! (Heiterkeit bei der Mehrheit)

G.R. Müller (chr. soz.): Wann sollen wir den reden wie in der Budgetdebatte.

Bürgermeister Seitz: Reden Sie nur weiter, so sind Sie viel unterhaltlicher!

G.R. Doppler setzt dann seine Rede fort und sagt: Wenn der Bürgermeister der Stadt Wien der Meinung ist, dass er das gute Beispiel mit Zwischenrufen gibt, können wir ja diesem Beispiel folgen. Den einen Tag ein Rechtsbruch schlimmster Sorte, den anderen Tag das Beispiel, wie man eine ernste Debatte ins Lächerliche zieht. Wir sind uns ja dessen bewusst, wie niedrig Sie unsere Ratschläge einschätzen. Aber wir haben es doch respektiert, Ihnen Ratschläge zu machen.

Das Ernährungswesen ist für die Gemeinde Wien von ungeheurer Bedeutung. Die Gemeinde müsste unablässig bemüht sein für die Bevölkerung zu sorgen, und dafür zu sorgen, dass das Marktwesen in Ordnung sei, dass der Zustrom von Nahrungsmitteln so erfolge, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden können. Aber es scheint, dass das Kapitel Ernährungswesen der verwaltenden Mehrheit nicht so wichtig ist. Das sehen wir ja auch jetzt. Sie sagen sich, wozu eine Kritik, wir haben die Macht und machen einfach von ihr Gebrauch.

G.R. Doppler verweist nun darauf, dass es für die Gemeinde vielerlei Möglichkeiten gäbe, auf die Preisbildung entsprechenden Einfluss zu nehmen. Die Gemeinde jedoch kümmere sich nicht darum, sie ist der Meinung, dass das nicht ihre Aufgabe sei.

Vierter Bogen.

GR. Doppler bespricht dann die verschiedenen Aktienbeteiligungen der Gemeinde, die ihr einen Einfluss auf die Preisgestaltung auf dem Gebiete des Ernährungs- und Wirtschaftswesens sichern. Die Gemeinde begnügt sich nur damit, Aktien zu besitzen, sonst aber kümmert sie sich um gar nichts. Diese Gleichgültigkeit kann nicht scharf genug verurteilt werden.

Ueber das Schulwesen erklärt der Redner, dass die Belieferung der Schulkinder mit Schulmittel gänzlich unzulänglich sei. Mit dieser Belieferung sind Sie zu den Todtengräbern der Papierhändler und dieser ganzen einst blühend gewesen en Branche geworden. Die Lehrmittel werden in einem nicht genügenden Ausmass den Schulkindern zur Verfügung gestellt. Nicht einmal der Bedarf für den Schulunterricht wird gedeckt. Darüber werden selbstverständlich die bittersten Klagen laut. Auch darüber wird geklagt, dass sie den Kindern die Gebetbücher vorenthalten. Wir müssen gegen diese einseitige Parteipolitik den schärfsten Protest erheben und Sie daran erinnern, dass sie damit das Gelöbnis, objektiv und unpolitisch zu verwalten, gebrochen haben.

Wir protestieren auch dagegen, dass Sie sich das Recht anmassen, uns hier schulriegelnd zu wollen. Ich gebe ihnen zu bedenken, ob es gut sei, mit uns so umzugehen, wie Sie es gestern und heute getan haben. Sie haben die Verpflichtung, der Minderheit die Möglichkeit zu geben, so zu allem Stellung zu nehmen, wie Sie es nach ihrer Auffassung zu tun verpflichtet ist. Tun sie das nicht, dann sind sie reif dafür, dass Sie zu Falle kommen. Es wird der Tag der Befreiung kommen, der Befreiung von Ihrer Zwangsherrschaft. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

St. R. Kokrda erwidert nunmehr auf die einzelnen Einwendungen. Was die Mehreinnahmen aus den Marktgebühren anlangt, so wird der scheinbare Widerspruch dadurch erklärlich, dass diese Beträge im Jahre 1926 eingerechnet worden sind, der Gemeinderat aber erst für das Jahr 1927 die Erhöhung der Gebühren beschlossen hat. Was die Gebühren selbst anlangt, so handelt es sich um jene Regelung, die der Magistrat schon im Jahre 1925 verlangt hat und die der Gemeinderat erst am 30. Dezember 1926 beschlossen hat. Der Gemeinderat hat einstimmig diesen Gebühren seine Zustimmung erteilt.

G. R. Müller : Das ist nicht richtig!

St. R. Breitner: Es war keine einzige Wortmeldung zu der Vorlage.

G. R. Huber (chr. soz.): Sie haben gesagt, dass ist nur eine Abrundung!

G. R. Körber (chr. soz.): Warum setzen Sie dann die Vorlage auf die morgige Sitzung des Ausschusses?

St. R. Kokrda: Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht diese Vorlage nicht, weil sie schon vom Gemeinderat beschlossen worden ist. Ich werde im Ausschuss dasselbe sagen, was ich jetzt sage. Die Gebühren für das sogenannte Uebersmass wurden geregelt und niemand hat gewusst, dass dieses Uebersmass nach dem Krieg zur Regel geworden ist.

Vizega. Hosa: Die Regelung muss beschlossen werden! Wir werden morgen darüber reden!

St. R. Kokrda : Das steht ja alles schon in der Vorlage. Die Marktleute werden die im Jänner zuvielgezahlten Gebühren im Februar zurückbekommen.

Bezüglich der vorgebrachten Beschwerden über die unzulängliche Belieferung der Schulen mit Schulmitteln, erklärt Stadtrat Kokrda, dass der Bedarf immer normal und zeitgerecht gedeckt wird.

GR. Doppler: Sie verteidigen Unmögliches!

Stadtrat Kokrda fortfahrend: Für die Belieferung der Schulen mit Schulmitteln weiss uns die Bevölkerung Dank und wir werden uns Ihrer Ausführungen wegen unseren Wege nicht abbringen lassen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Das Kapitel Ernährungs- und Wirtschaftswesen wird sodann von der Mehrheit angenommen. Der Vorsitzende Gemeinderat Schorsch teilt mit, dass die nächste Sitzung morgen um 3 Uhr nachmittags stattfindet und schliesst nach dreiviertel 11 Uhr die Sitzung.